



Alessandro Di Battista Der Polterer der Cinque Stelle ist zurück. Von Oliver Meiler

Er liebt das Chaos

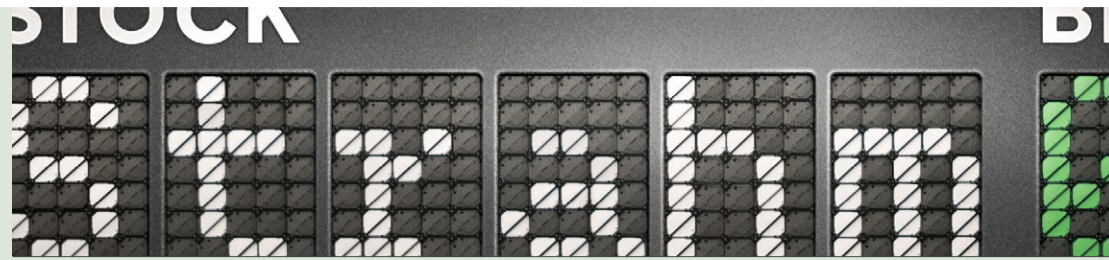
Alle Sterne verblassen, nur einer leuchtet: Alessandro Di Battista, kurz «Dibba» genannt, 38 Jahre alt. Schaut man ihm in diesen Tagen zu, wie er strahlt und bebte beim Reden, mal mit seinem Publikum turtelt und es dann wieder rotzig anfeuert, gewinnt man den Eindruck, dass dem Abgeordneten das Chaos in seiner Partei, der Protestbewegung Cinque Stelle, gar nicht gross genug sein kann. Der Römer leuchtet dann umso heller, ja er flackert wild.

Es heisst jetzt, «Dibba» sei ein Rockstar, ein Aufsteiger unter lauter Absteigern. Und das ist kein gutes Zeichen für die Partei, die beweisen möchte, dass sie auch regieren kann, nicht nur poltern - in Rom zum Beispiel, wo sie die Bürgermeisterin stellt. Regieren ist Phase 2. Di Battista stand für Phase 1, für die Polterphase.

Er gehört schon lange zu den auffälligsten Figuren der Cinque Stelle. Er sitzt auch in deren Geschäftsführung, dem «Direttorio». Beppe Grillo, der Gründer der Partei, mag Di Battista besonders gern, weil der ihm ähnlich ist: ein Provokateur, ein Sprücheklopfer, einer, der die Menge im Sturm gewinnen kann. Im Sommer reiste Di Battista mit seinem Motorrad durch Italien, 4140 Kilometer in einem Monat, füllte jeden Abend eine andere Piazza und brüllte gegen die Regierung und ihre Verfassungsreform an. Zum Auftakt der Tour postete er ein Foto, das ihn beim Lesen im Bett zeigt. Die Pose erinnerte an das berühmte Foto von Che Guevara, der im Bett Goethe liest. So war es auch gedacht: Dibba ist ein Fan des Che, er hat Südamerika bereist.

Als er 2013 ins Parlament gewählt wurde, trat er der aussenpolitischen Kommission bei. Sehr dossierfest war er allerdings nie. Einmal verwechselte er die Terrormiliz Islamischer Staat mit der palästinensischen Hamas. Zu zweifelhafter Weltfama brachte er es mit dem Satz: «Sechzig Prozent des Territoriums von Nigeria werden von Boko Haram kontrolliert, der Rest von Ebola.» Wo er politisch steht, ist nicht ganz klar. Im Foyer seines Elternhauses steht eine Büste von Mussolini. Sein Vater, der ebenfalls für die Fünf Sterne politisierte, sagte einmal: «Ich, ein Rechter? Ich bin Faschist, das ist nicht dasselbe.» Man spricht den Sohn oft darauf an, er blafft dann gehässig zurück.

An der Parteibasis kommt die dreiste Art gut an. Doch zum Anführer, der Italien regieren könnte, sollten es die Cinque Stelle an die Macht schaffen, taugt Di Battista nicht. Er ist zu wenig institutionell, wie die Italiener sagen, zu wenig Phase 2. Für diese Rolle hat die Partei den jungen Neapolitaner Luigi Di Maio bestimmt, der in seinem dunklen Anzug wie ein Konfirmand wirkt und auch so redet. Di Maio und Di Battista sind Rivalen. Strahlt Di Maio, ist Di Battista blass. Das war zuletzt lange so. Doch dann verstrickte sich Di Maio in römische Intrigen, wurde Teil des bisherigen Regierungsdebakels auf dem Kapitol. Und so strahlt Alessandro Di Battista wieder und weiter, der Masseur der Massen in Jeans und Pullover, als sei noch Phase 1.



Kolumne Rudolf Strahm

Offene Fragen an Jean-Claude Juncker

Nächste Woche wird der mächtige und umstrittene EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker die Schweiz mit einem Besuch beehren und erwartungsgemäss unspektakuläre Äusserungen zu Europa von sich geben. Anlass ist das 70-Jahre-Jubiläum der Zürcher Europarede von Winston Churchill vom 19. September 1946, in der er zur Einigung Europas aufrief: «Let Europe arise!» - «Lasst Europa entstehen!»

Juncker wird wohl die Schweiz ermahnen. Von neuen Perspektiven für Europa wird er aber nicht sprechen können, selbst wenn er das gerne täte. Aktive Europapolitiker sind machtlos in der Macht gefangen. Je stärker die EU infrage gestellt wird, desto mehr verdrängen sie Reformideen aus Angst vor einer immer wieder aufflammenden EU-Kritik. Also lassen sie sich von jedem Krisenereignis weitertreiben.

Mittlerweile hat in Brüssel aber eine hochrangige und einflussreiche fünfköpfige Expertengruppe eine Perspektive gezeichnet, wie es mit Europa nach dem Brexit-Beschluss weitergehen soll. Die Gruppe besteht aus europäischen Staatsmännern, ihr Konzept läuft unter dem Namen «Bruegel» und schlägt eine neue Form der «Continental Partnership» (CP) vor (www.bruegel.org. Europe after Brexit, a proposal). Mir scheint der Vorschlag realistisch.

Und er geht so: Grossbritannien soll in einem Vertragswerk einer kontinentalen Partnerschaft eingebunden werden. Für Nicht-EU-Mitglieder soll quasi ein äusserer Kreis gebildet werden; ein Perspektivplan, der auch für die Schweiz zukunftsweisend sein könnte.

Vorgeschlagen wird ein neues Vertragswerk einer kontinentalen Partnerschaft, das die volle wirtschaftliche Kooperation mit einem freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital nach EU-Muster weiterführt, aber die Personenfreizügigkeit ausschliesst. Dieser Plan befürwortet zwar eine geordnete Mobilität von Fachkräften, aber jedes CP-Land im äusseren Kreis soll die Mobilität und Immigration selber steuern können. Heute erzwingt der freie Personenverkehr im Binnenmarkt einen Verzicht auf jede staatliche, nationale Steuerung der Zuwanderung und etabliert eine grenzüberschreitende Rekrutierungsautonomie der Konzerne.

Mit einer solchen kontinentalen Partnerschaft würde die bisherige Integration des Kontinents weitergeführt und gefestigt, aber der politischen Polarisierung und dem Auftrieb EU-feindlicher rechtspopulistischer Parteien wäre im äusseren Kreis der Boden entzogen. Denn in England und in ganz Europa - auch in der Schweiz - entstand der nationalistische Widerstand gegen die europäische Integration zu 80% durch die Migrationsprobleme und deren soziale und kulturelle Folgewirkungen.

Personenfreizügigkeit kein Zwang

Die Bürger Europas mögen durchaus eine Kooperation unter europäischen Staaten; aber ihr Widerstand gegen die Migration ist verhaltensleitend und für die europäische Zukunft matchentscheidend. Von dieser durch Umfragen erhärteten Analyse geht die Bruegel-Gruppe beim Partnerschaftskonzept aus. Ihre zentrale ökonomische Aussage ist die: Für eine wirtschaftliche Integration ist die Personenfreizügigkeit gar nicht notwendig. Es braucht zwar eine Mobilität von Fachkräften, aber nicht eine Freizügigkeit aller Arbeitskräfte nach EU-Doktrin.

Für die drei bisherigen Freiheiten des Verkehrs von Waren, Dienstleistungen und Kapital zeichnet der CP-Vorschlag eine intelligente Lösung: Der Acquis Communautaire (bisheriges Binnenmarktrecht) soll für diese drei Freiheiten - sie sind weitgehend unbestritten - für alle Mitglieder des CP-Vertragswerks gelten. Die Fortentwicklung soll nach vorgängiger Konsultation der Nicht-EU-Länder, die in einem CP-Rat mitwirken, von der EU beschlossen und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) unterstellt werden. Damit bleibt die Homogenität des europäischen Binnenmarkts

gewahrt, aber die Personenfreizügigkeit ausgeklammert. Jeder CP-Mitgliedsstaat im äusseren Kreis wird frei sein, die Zuwanderung selber zu steuern, seine flankierenden Lohnschutzmassnahmen und seine Sozialpolitik wieder eigenständig zu gestalten. Damit würde dort dem migrationskritischen Populismus der Boden entzogen.

Der Vorschlag der Bruegel-Gruppe hat deshalb eine hohe Bedeutung, weil er von erfahrenen Staatsmännern und EU-Kennern entworfen und wohl mit deren Herkunftsregierungen abgesprochen worden ist. Zu den Autoren gehören etwa Norbert Röttgen, der derzeitige Präsident des aussenpolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestags, Jean Pisani-Ferry, der Berater des französischen Staatspräsidenten, oder Paul Tucker, ehemals zweithöchster Mann der britischen Notenbank.

Es gibt durchaus auch idealistische Reformvorschläge der EU-Kritik aus dem linken Lager: Die Politologin Ulrike Guérot zum Beispiel möchte eine «Republik Europa» ohne Landesgrenzen neu erfinden. Die Historiker Brendan Simms und Benjamin Zeeb wollen die «Vereinigten Staaten von Europa» neu erbauen. Das sind kreative Utopien, aber ohne jeglichen Realitätsbezug. Demgegenüber ist der Vorschlag der Bruegel-Gruppe ein realistisches Verhandlungskonzept für die europäische Diplomatie nach dem Brexit-Entscheid.

Eine Option auch für die Schweiz

Die Bruegel-Gruppe sagt explizit, das CP-Vertragswerk könnte neben Grossbritannien auch eine Option sein für die Schweiz, für Norwegen, vielleicht später für die wirtschaftliche Anbindung der Ukraine, der Türkei oder der Balkanländer, ohne diese in den freien Personenverkehr und die Unionsbürgerschaft einzubeziehen.

Wenn Europa nicht in der Lage ist, Grossbritannien und diese Länder wirtschaftlich einzubinden, so die Bruegel-Gruppe, dann wird es gespalten werden: Dann werden sich England auf die USA, andere Randstaaten Europas auf Asien und Russland ausrichten. Europa wird geostrategisch dadurch noch schwächer werden und zurückfallen.

Für die Schweiz würde eine Beteiligung an diesem Vertragswerk der kontinentalen Partnerschaft unsere beiden grossen Streitfragen mit der EU auffangen: Unsere angestrebte Hoheit über die Zuwanderung würde erfüllt, und das von der EU geforderte bilaterale Rahmenabkommen zur institutionellen Anpassung an den europäischen Binnenmarkt würde hinfällig.

Erstaunlich, im EDA hat man an zuständiger hochrangiger Stelle die Continental Partnership zwar «zur Kenntnis genommen», aber «noch nicht studiert». Man hält sie aber für «theoretisch möglich». Der Bundesrat hat nun Gelegenheit, in seinem nächsten, derzeit vorbereiteten Bericht zu Europa diese strategische Option aufzunehmen. Etwas Horizonterweiterung würde nicht schaden. Und es würde sich auch lohnen, Jean-Claude Juncker herauszufordern, auf neutralem Schweizer Boden zur europäischen Perspektive einer Continental Partnership etwas Substantielles zu sagen.

«Der Widerstand entstand durch die Einwanderung.»



Rudolf Strahm

Der ehemalige Preisüberwacher und SP-Nationalrat wechselt sich mit Politgeograf Michael Hermann und mit Autorin und Schauspielerin Laura de Weck ab.

FPÖ Wird das Land noch weiter nach rechts driften?

Von Bernhard Odehnal

Die Angst der Österreicher

«Sie werden sich noch wundern, was alles geht.» Norbert Hofer, Präsidentschaftskandidat der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), sagte diesen Satz in einer TV-Diskussion vor der Stichwahl gegen Alexander van der Bellen im Mai. Damals wollte er sich als Staatsoberhaupt neuen Stils ankündigen, der sich auch in die Tagespolitik einmischte. Heute, kurz vor der Wiederholung dieser Stichwahl, behauptet Hofer, er habe das ganz anders gemeint.

Aber gesagt ist gesagt. Für Hofers Gegner ist der Satz immer noch ein Beweis dafür, dass der Rechtspopulist als Bundespräsident Politik machen würde. Sicher: Die Verfassung schränkt seinen Handlungsspielraum ein. Aber Hofers FPÖ liegt in Umfragen deutlich vor den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP. Parteichef Heinz-Christian Strache könnte spätestens in zwei Jahren Bundeskanzler werden, vielleicht auch schon früher.

Die Schweiz als Vorbild

Mit Strache in der Regierung und Hofer in der Hofburg würden in Österreich Freunde und Bündnisgenossen des Front National und der AfD regieren. Das macht vielen Österreichern Angst: Wird ihr Land unter einer FPÖ-Regierung den Weg Ungarns, der Türkei oder Russlands gehen - in eine «illiberale Demokratie»?

Keine Panik, beruhigte Kollege David Hesse nach dem Sieg der AfD in Vorpommern an dieser Stelle: Die Schweiz müsse seit Jahrzehnten mit Rechtspopulisten in der Regierung leben, und das sei unspektakulärer als erwartet. Und nennt nicht so wie die AfD auch die FPÖ das Schweizer Modell der direkten Demokratie als Vorbild?

Der wesentliche Unterschied: Im Gegensatz zur Schweiz schwindet in Österreich das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik und in die staatlichen Institutionen dramatisch schnell. Die Grosse Koalition ist am Ende. Niemand traut ihr noch zu, Krisen zu meistern, Probleme zu lösen. Auch die Bürokratie scheint nicht mehr zu funktionieren: Nicht einmal die ordentliche Abhaltung von Wahlen, immerhin das Fundament der Demokratie, kann dieser angeblich so gut verwaltete Staat noch garantieren.

Luftloshheit über den Stammtischen

Um die Stimmung der Wut und Politikverdrossenheit zu verstärken, müssen die Rechtspopulisten nicht an der Regierung sein. Sie haben die «Luftloshheit über den Stammtischen» (wie ein Sozialdemokrat einmal sagte), sie geben den öffentlichen Diskurs vor. Sie bestimmen, was «Heimat» bedeutet, wer zum Volk gehört (hellhäutige Menschen in Lederhosen oder Dirndl) und wer zur «Schickeria» (Künstler, linke Intellektuelle). Sie bestimmen, wer Freund und wer Feind ist; wann Wahlen fair sind (wenn die FPÖ gewinnt) und wann sie wiederholt werden müssen (wenn sie verliert).

Die Bereitschaft zum Dialog, ohne die keine Demokratie funktionieren kann, ist bereits zerstört. Die FPÖ hat ihre eigenen Kommunikationskanäle aufgebaut, in denen ungestört (und häufig unbeobachtet) Verschwörungstheorien verbreitet werden. Die Regierung und die linke Opposition haben hingegen keine eigene Geschichte zu erzählen. Ihre einzige Antwort ist, gegen die FPÖ zu sein. SPÖ und ÖVP schweisst nur mehr der drohende Machtverlust zusammen. Es ist eine Grosse Koalition der Angst.

Aus Angst vor Strache höhlen die SPÖ und die ÖVP demokratische Grundwerte aus. Sie verlängerten putschartig die Amtszeit der Regierung, sie verletzen internationales Recht, hebeln Menschenrechte aus, beschneiden den Sozialstaat. Das waren Grundwerte, auf die Österreich stolz war. Was heute als Wert gilt, definiert die FPÖ. Wäre es nicht konsequent, sie in die Verantwortung zu nehmen?

Die Entzauberung der Rechtspopulisten durch ihre Einbindung in die Regierungsarbeit könnte in einem Land mit stabiler Demokratie und starker Zivilgesellschaft gelingen. Österreich ist das nicht. Mit einem opportunistischen Staatsapparat im Rücken, mit Zugriff auf öffentlich-rechtliche Medien und die Justiz stünden der FPÖ ganz andere Mittel als heute zur Verfügung, ihre kruden Ideen umzusetzen. Sie würde Sachpolitik durch Aktionismus ersetzen, durch Volksabstimmungen, durch den Druck der Strasse. Sie würde mit demokratischen Instrumenten die Demokratie aushebeln.